



Regierungsrat des Kantons Basel-Stadt

► Regierungsratsbeschluss vom 18. Februar 2014

P132004

Übernahme der Verordnung (EU) Nr. 1052/2013 zur Errichtung eines Europäischen Grenzüberwachungssystems (EUROSUR): Eröffnung des Vernehmlassungsverfahrens

- ://: 1. Der Regierungsrat genehmigt den vorgelegten Briefentwurf an das Bundesamt für Justiz.

Begründung

Die Verordnung errichtet ein System für den gemeinsamen Informationsaustausch und die Zusammenarbeit zwischen den Schengen-Staaten und FRONTEX, um die Reaktionsfähigkeit der Schengen-Staaten an den Aussengrenzen des Schengen-Raums zu erhöhen. Da die Schweiz weder über Land- noch Seeaussengrenzen im Sinne der EUROSUR-Verordnung verfügt, ist sie nicht verpflichtet, Daten auf der Grundlage der EUROSUR-Verordnung an FRONTEX zu liefern oder nationale Lagebilder zu erstellen. Die Schweiz und der Kanton Basel-Stadt sind folglich nur in beschränktem Mass betroffen. Entsprechend verzichtet der Regierungsrat auf eine einlässliche Vernehmlassungsantwort.

